



Gemeinsame Agrarpolitik

Das bringt die neue EU-Agrarreform

Die Einführung der ökologischen Vorrangflächen und das neue Kulturlandschaftsprogramm bieten uns Jägern viele Möglichkeiten, die Reviere gemeinsam und im Dialog mit den Landwirten zu gestalten und so Lebensräume für die Wildtiere zu schaffen. Gedacht ist zum Beispiel an die Anlage von Hecken, Blühflächen oder die Ansaat von wildtiergerechten Zwischenfruchtmischungen. Nutzen Sie die Chance!

Die „Zwei-Säulen“-Struktur bleibt bestehen

Wie bisher wird es für den Landwirt zwei Möglichkeiten geben, Geld aus Brüssel zu erhalten: die so genannten Direktzahlungen, also eine Prämie pro Hektar Fläche – da sprechen die Fachleute von der ersten Säule – und eine Förderung für freiwillige Umweltmaßnahmen, wie zum Beispiel das Kulturlandschaftsprogramm (KULAP). Diese Prämien werden über die „zweite Säule“ finanziert. Allerdings sollen dazu 4,5 Prozent aus dem Topf der Direktzahlungen in die zweite Säule umgeschichtet werden.

Wie sieht das Prämienmodell der „ersten Säule“ aus?

Die Direktzahlungen aus der ersten Säule setzen sich zusammen aus einer Basisprämie, dem Greening, einem Junglandwirtezuschlag und einem Zuschlag für die ersten 46 Hektar. Das vollständige Modell greift allerdings erst ab dem Antragsjahr 2015. Das Jahr 2014 gilt als Übergangsjahr, da gibt es nur die Basisprämie und den Zuschlag für die ersten 46 Hektar.

Was ist das Greening?

Ab dem Jahr 2015 sind 30 Prozent der Direktzahlungen an zusätzliche Umweltleistungen, das „Greening“, gebunden. Diese Umweltleistungen beinhalten die so genannte Anbaudiversifizierung, den Erhalt von Dauergrünland sowie die

Bereitstellung ökologischer Vorrangflächen (ÖVF).

Was ist die Anbaudiversifizierung?

Die Anbaudiversifizierung soll mehr Vielfalt in die Fruchtfolge bringen. Deshalb müssen in Zukunft Betriebe mit zehn bis 30 Hektar Ackerfläche mindestens zwei verschiedene Feldfrüchte, Betriebe über 30 Hektar mindestens drei Fruchtarten anbauen.

Was bedeutet der Erhalt von Dauergrünland?

Der Landwirt darf nicht mehr als fünf Prozent seines Dauergrünlands im Vergleich zu 2012 oder 2013 auf nationaler, regionaler oder subregionaler Ebene umbrechen und als Acker nutzen.

Was bedeutet die Bereitstellung ökologischer Vorrangflächen?

Mindestens fünf Prozent der Betriebsfläche – ohne Dauergrünland – sollen für ökologische Zwecke als so genannte ökologische Vorrangflächen zur Verfügung gestellt werden. Dies gilt jedoch nur für Betriebe mit mehr als 15 Hektar Ackerfläche. Nach einer Prüfung im Jahr 2017 können diese ökologischen Vorrangflächen auf sieben Prozent erhöht werden.

Als mögliche ÖVF können Brachen, Landschaftselemente, wie Hecken zum Beispiel, Pufferstreifen, eine Aufforstung oder Flächen mit Zwischenfrüchten,

Leguminosen oder Kurzumtriebsplantagen genutzt werden. Kurzumtriebsplantagen werden nur als ÖVF anerkannt, wenn sie ohne mineralischen Dünger und Pflanzenschutzmittel betrieben werden. Vorgesehen ist eine Bewertung der einzelnen Maßnahmen durch bestimmte Faktoren.

Neues KULAP ab 2015 – Forderungen des BJV werden aufgenommen

In der so genannten zweiten Säule wird es ab 2015 ein weiterentwickeltes KULAP geben. Bei dessen Ausgestaltung bringt sich der BJV aktiv mit Vorschlägen ein. Zum ersten Mal ist eine Winterbegrünung mit Wildsaaten vorgesehen. Auch das vom BJV seit langem geforderte Waldrand-KULAP auf Acker und Grünland findet Einzug in das neue KULAP ab 2015. Blühstreifen und Blühflächen sind ebenfalls vorgesehen.

A. Weimann/GeH

Dr. Georg Häusler, der Kabinettschef von EU-Agrarkommissar Dr. Dacian Cioloș, wird am 29. März auf dem Landesjägertag in Altötting zur neuen Agrarpolitik referieren.



Umweltminister Huber würdigte blühenden Landkreis Mühldorf

Eine herausragende Aktion im Sinne des Natur- und Artenschutzes haben die Jäger der BJV-Kreisgruppe Mühldorf am Inn gestartet. Mit Hilfe der Gerhard- und Ellen-Zeidler-Stiftung förderten sie den Anbau einer wildtierfreundlichen Zwischenfruchtmischung auf 1.000 Hektar Ackerland im ganzen Landkreis. Mehr als 500 Landwirte haben sich flächendeckend an dieser Aktion beteiligt. Vom Ergebnis, einem blühenden Landkreis, konnte sich der bayerische Umweltminister Dr. Marcel Huber bei einem Ortstermin selbst überzeugen. Gemeinsam mit Vertretern des Bauernverbandes, der Jägerschaft, des Landwirtschaftsamtes und Mühldorfs Zweiter Bürgermeisterin



Ilse Preisinger-Sontag besichtigte er eine mit 14 verschiedenen Zwischenfruchtarten bedeckte Fläche bei Ulrich Niederschweiberer, Kreisobmann des Bayerischen Bauernverbandes. Erich Darmann von der Kreisgruppe Mühldorf wies auf die Vorteile hin, die eine

Winterbegrünung für das Wild hat. Umweltminister Dr. Marcel Huber zeigte sich begeistert von der Aktion und betonte: „Ich erwarte auch von unseren Landwirten Einsatz für artenreiche Lebensräume und unsere Wildtiere.“

Sch

■ *Das Versuchsfeld in der Nähe des Mösslinger Flughafens ist beschildert und kann jederzeit besichtigt werden.*

Neue Jagdzeiten für Gänse?

Die Projektgruppe Gänsemanagement (s. Kasten) hat mit allen beteiligten Interessensvertretern Eckpunkte für ein bayernweites Gänsemanagement entwickelt. Dabei konnten folgende Ergebnisse erzielt werden:

- Die klassische Jagd allein ist nicht ausreichend für die Lösung des Gänseproblems.
- Flächenmanagement ist eine wichtige Maßnahme zur Lenkung, Duldung und Äsung.
- Die Behandlung von Gelegen hat mit Jagd nichts zu tun.

- Das Landwirtschaftsministerium und das Umweltministerium wollen eine Projektskizze erarbeiten.

Geplant sind nun folgende Maßnahmen:

- Die Nilgans soll dem Jagdrecht unterstellt werden mit der gleichen Jagdzeit wie bei der Graugans
- Verlängerung der Jagdzeiten bei den Wildgänsen:
Bisher gelten für die Graugans eine Jagdzeit vom 1. August bis 31. August und vom 1. November bis 15. Januar, für die Kanadagans von

1. November bis 15. Januar.

Die Jagdzeiten für Grau- und Kanadagänse sollen angepasst und die Jagdlücke im September und Oktober geschlossen werden.

Geplant sind Jagdzeiten für Grau-, Kanada- und Nilgans einheitlich von 1. August bis 15. Januar

- Förderung des Flächenmanagements durch das KULAP
- Bildung einer Rückstellung aus Mitteln der Jagdabgabe für das Gänseprojekt für einen Zeitraum von drei Jahren.

M. Lenz

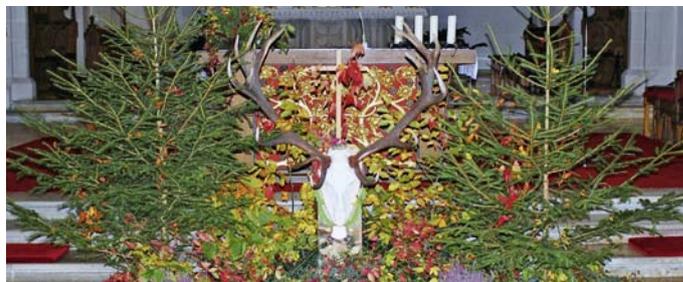


Mitglieder in der Projektgruppe Gänsemanagement: • BJV • Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten • Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit • Regierung von Mittelfranken • Landesbund für Vogelschutz • Ornithologische Arbeitsgemeinschaft Bayern • Bund Naturschutz • Bayerischer Bauernverband • Bayerische Schlösser- und Seenverwaltung München • Gemeinde-, Städte- und Landkreistag

Bistum Augsburg für den Erhalt der Hubertusmessen

Die Hubertusmessen sollen bleiben! Dies ist auch die Meinung von Bischof Dr. Konrad Zdarsa vom Bistum Augsburg. Der BJV hatte sich an alle Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns gewandt, nachdem das Bündnis Bayerischer Tierrechtsorganisationen die Abschaffung der Hubertusmessen gefordert hatte.

Der Bischof schrieb an den BJV: „Ihren Ausführungen und Ihrer Argumentation ist nichts hinzuzufügen. Es geht ja, wie Sie hervorheben, um eine dem christlichen Schöpfungsverständnis entsprechende Jagd und Hege, die naturgemäß einhergeht mit recht verstandenem und verantwortungsvollem Tierschutz. Dieser Gedanke gerät bedauerlicherweise immer wieder in Konflikt mit einem oft sentimental-ideologisch aufgeladenen Tierschutzgedanken, der sachlicher Argumentation



nicht zugänglich ist.“ Und: „Die Feier der Hubertusmesse verweist in schönster Weise auf den Zusammenhang von rechter Gottesverehrung, rechtem Schöpfungsverständnis und der daraus resultierenden Verantwortung!“ Sch

Staatsministerin Haderthauer lädt bayerische Jäger nach Berlin ein

Um den Kontakt zwischen München und Berlin zu festigen, hat Christine Haderthauer, Leiterin der Staatskanzlei und Staatsministerin für Bundesangelegenheiten, die bayerischen Jägerinnen und Jäger in die bayerische Vertretung nach Berlin eingeladen. Im Rahmen eines parlamentarischen Abends sollen viele Kontakte zu den Abgeordneten gepflegt und die Anliegen der Jäger diskutiert werden. Die bayerischen Jäger und Jägerinnen, so Haderthauer, sollten sich auch weiterhin so aktiv in der Jagdpolitik engagieren und ihre Vorschläge und ihren Sachverstand in die politische Diskussion einbringen. GeH



BJV-Präsident Jürgen Vocke ist neuer Sprecher der Bürgerallianz Bayern

BJV-Präsident Prof. Dr. Jürgen Vocke wurde einstimmig zum Sprecher der Bürgerallianz Bayern ernannt. Ziel ist es, mit der Bündelung der Kommunikation schlagkräftiger zu werden und den Anliegen der Allianz noch mehr Gehör in der Politik zu verschaffen.

Dem Zusammenschluss gehören mittlerweile 16 Traditionsvereine mit insgesamt 1,6 Millionen ehrenamtlich engagierten Mitgliedern an. In vielen Gesprächen konnte die Bürgerallianz ihre Anliegen bereits weitergeben. Durch die Ernennung eines Sprechers ist nun der nächste Schritt getan, um in der Zukunft noch effizienter zu agieren. Prof. Dr. Jürgen Vocke bringt durch seine lange Erfahrung als ehemaliger Abgeordneter des Bayerischen Landtags und Präsident des BJV die besten Voraussetzungen für diese Aufgabe mit und fand das uneingeschränkte Vertrauen der anwesenden Allianzmitglieder.

Herzlichen Glückwunsch, Herr Minister!



Hans-Peter Friedrich, der ehemalige Bundesinnenminister, wurde im neuen Bundeskabinett zum Bundeslandwirtschaftsminister berufen. Wir gratulieren ganz herzlich zum neuen Amt und wünschen uns, dass er auch weiterhin Ansprechpartner für unsere Anliegen ist und dass er bei seinen Entscheidungen auf der Seite der Jäger und des Wildes steht. GeH

Amnestieregelung im Waffenrecht – was plant der Bund?

Über die Ausgestaltung der Waffenpolitik sprachen BJV-Präsident Prof. Dr. Jürgen Vocke und Hauptgeschäftsführer Dr. Joachim Reddemann mit dem Innenpolitischen Sprecher der CDU-/CSU-Fraktion, Dr. Hans-Peter Uhl.

Ein Diskussionspunkt war die Verwendung von Nachtzielgeräten. Hans-Peter Uhl sprach sich vehement gegen die Verwendung von Nachtzielgeräten aus. Das Risiko sei zu groß, dass diese Geräte in falsche Hände kommen. Zudem nannte er die fehlende Sicherheit bei der Schussabgabe, da die Umgebung, also auch der Kugelfang, nicht einsehbar sei.

Im Mittelpunkt des Gespräches standen Überlegungen zur Anpassung des Waffenrechts und zur Weiterentwicklung des Waffenregisters. Auch eine neue Amnestieregelung soll getroffen werden. Dr. Uhl schlägt vor, die Amnestieregelung zu befristen. Das heißt, dass nicht registrierte Waffen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes ohne Konsequenzen – also auch ohne Strafverfolgung – abgegeben werden können.

Beim Thema Waffenaufbewahrung besteht der BJV darauf, dass bei einer Weiterentwicklung der Sicherheitssysteme für derzeit gültige Tresore und



Waffenschränke Bestandsschutz gelten muss.

Sch

Rotwildprojekt im Raum Spessart geplant



„Röhrende Hirsche, balzende Auerhähne – das war lange Zeit fester Bestandteil unserer Heimat und das muss auch heute wieder möglich sein“, fordert der Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Peter Winter, für seine Heimat, den Spessart. Er traf sich mit BJV-Präsident Prof. Dr. Jürgen Vocke zu einem jagdpolitischen Arbeitsgespräch im Bayerischen Landtag. In Rücksprache mit dem zuständigen Forstbetriebsleiter wird der BJV nun im ersten Schritt ein Rotwildprojekt im Raum Spessart entwickeln. „Wer seine Heimat schätzt, muss sich auch für die heimische Tierwelt stark machen“, so Winter, der als Präsident des Bayerischen Blasmusikverbandes Mitglied der Bürgerallianz Bayern und zusammen mit dem BJV Vorkämpfer für ein traditionsbewusstes Bayern und Franken ist.

M. Maier

Forstliches Gutachten – mehr Schein als Sein?

Das Forstliche Gutachten 2012 lieferte die niedrigsten Verbisswerte seit es eingeführt wurde. Den Jägern ist es gelungen, bei allen aufgenommenen Baumarten den Verbiss zu reduzieren. Und nicht zuletzt dank des 10-Punkte-Programms gab es viel weniger Ärger in den Revieren als in den Jahren davor. Derzeit wird das Forstliche Gutachten evaluiert. Dr. Erich Meidel, Ehrenmitglied im Jagdschutzverein Schweinfurt, hat sich Gedanken gemacht, wo seiner Meinung nach die Schwachpunkte liegen.

Scheinargument Klimaschutz

Grundsätzlich ist es ein Täuschungsmanöver, hohe Abschüsse auf den zum Klimaschutz erforderlichen Waldumbau zu stützen. Das gilt vor allem dort, wo man von früher her schon über einen hohen Anteil an Laubhölzern verfügt wie in weiten Teilen Unterfrankens zum Beispiel.

Welche Baumarten tatsächlich künftig am meisten zum Klimaschutz beitragen werden, weiß heute noch niemand.

Warum ist nur das Wild schuld, wenn kein Jungwuchs aufkommt?

Dem Wild werden viele Wachstums-

beeinträchtigungen an den Baumpflanzen zu geschrieben, doch das ist viel zu kurz gegriffen. Denn wenn die Verjüngung nicht hoch kommt, kann das viele Ursachen haben:

- Seit Jahrzehnten ist der Zuwachs der Holzvorräte höher als die Nutzung. Das führt zu einer immer stärkeren Beschattung der Pflanzen. Ganze „Teppiche“ von Kleinpflanzen sterben ab, zum Beispiel unter Eichen, wenn nicht aufgelichtet wird. Auch wenn diese Pflänzchen nicht am Verbiss sondern an Lichtmangel unter dem sich schließenden Kronendach zu Grunde gehen, der einmal festgestellte Verbiss bleibt immer „Schaden“.
- Baumpflanzen werden durch das Wild stark angenommen, wenn keine der Jahreszeit entsprechende Äsungspflanzen am Einstand geduldet werden
- Bemängelt wird oft die geringe Baumarten-Vielfalt, doch fehlen meist die Mutterbäume oder vorausgegangene Masten wurden nicht durch Freistellung der Pflanzen genutzt.
- Der hohe Jagddruck sorgt dafür, dass sich das Wild immer häufiger in die



Verjüngungen und Dickungen drückt und nicht mehr raus auf Feld und Freiflächen wagt. Dort würde es keinen oder bedeutend weniger Schaden anrichten.

Andere Faktoren auch in Betracht ziehen

Deshalb sollten bei Waldbegängen und Dialoggesprächen vor allem auch auf andere Weiser für Wilddichte wie Plätz- und Fegestellen, das Vorhandensein von Wechsellern, den Nutzungsgrad von Salzlecken und die Verbreitung von Wildlösung geachtet werden.

Stimmen für mehr Fairness bei der Jagd

Unzufrieden über die Bayerischen Staatsforsten waren Jäger aus Burglengenfeld. Weil sie wegen der vielen Drückjagden im reinen Feldrevier keinerlei Chance mehr haben, ihren Rehabschuss zu erfüllen, überbrachten sie Staatsminister Helmut Brunner eine Unterschriftenliste und die Bitte, bei den Staatsforsten für mehr Fairness zu sorgen. Der Besuch hat sich gelohnt: Jetzt soll es einen gemeinsamen Revierbegang und einen Runden Tisch geben, um die Probleme vor Ort zu lösen. GEH

